

# 1 **Migration steuern und begrenzen**

2

## 3 **Schengen vollenden**

4 Wir streben an, dass es in der EU nur ein einmaliges Asylverfahren für einen Asylbewerber geben  
5 darf. Es darf künftig keine Möglichkeiten für Antragstellungen in mehreren Ländern geben. Unser  
6 Ziel sind außerdem gemeinsame Standards für Anerkennung von Asyl in Europa.

7

8 Die europäische Grenzagentur FRONTEX wollen wir so zügig wie möglich zu einer operativen  
9 Grenzpolizei ausbauen. In einem Zwischenschritt soll die Europäische Grenzpolizei zunächst den  
10 jeweils nationalen Grenzschutz unterstützen. Deutsche Polizisten sollen sich an der europäischen  
11 Grenzpolizei beteiligen.

12

13 Die Pläne der Europäischen Union für ein elektronisches Ein- und Ausreisregister unterstützen wir.  
14 Bereits an den Schengen-Grenzen muss geprüft werden, ob ein Asylanspruch, ein Flüchtlingsstatus  
15 oder ein anderer Einreisegrund vorliegt. Bereits an den Außengrenzen des Schengenraums, in Hot-  
16 spots und Transitzentren, müssen die Zurückweisung nicht einreiseberechtigter Personen und die  
17 Rückführung der Personen ohne Asylgrund und ohne Flüchtlingsstatus erfolgen. Dafür müssen wir  
18 das Schengen-Informationssystem entsprechend ausbauen. Wir wollen ein einheitliches Datensys-  
19 tem für die Behörden, national und auch international. Asyl ist gemäß der Dubliner Übereinkom-  
20 men in dem Land zu beantragen, in dem zuerst europäischer Boden betreten wird.

21 Migration in und nach Deutschland ordnen, steuern und begrenzen

22

## 23 **Die Attraktivität Deutschlands für nicht schutzbedürftige Personen muss weiter verringert 24 werden.**

25 Für Personen aus Marokko, Tunesien, Algerien und Georgien müssen beschleunigte Asylverfahren  
26 möglich sein. Auch viele andere Staaten mit einer Schutzquote von unter fünf Prozent müssen zü-  
27 gig entsprechend eingestuft werden. Auch über diese Staaten hinaus wollen wir Verfahren und den  
28 Instanzenzug beschleunigen und verkürzen.

29

30 Zur Sicherung der deutschen Grenzen brauchen wir eine intelligente Grenzüberwachung, die nö-  
31 tige Flexibilität hat, um anlassbezogen auf die Entwicklung von Brennpunkten zu reagieren. Diese  
32 beinhaltet Zurückweisungen von illegalen Migranten an der deutschen Außengrenze. Die Regeln  
33 des Dubliner Übereinkommen sind im Sinne des deutschen Grundgesetzes Art. 16 a umzusetzen.

34 Nicht-EU Bürger ohne Einreisedokumente sind an der deutschen Grenze zurückzuweisen. Neben  
35 dem 30-Kilometer-Grenzbereich müssen dazu anlassbezogene Kontrollen entlang der Reisewege  
36 gehören. Dazu wollen wir die Befugnisse der Bundespolizei für grenz- und aufenthaltsrechtliche  
37 Maßnahmen in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich ausweiten.

38 Bei gewalttätigem Verhalten, Täuschen über tatsächlich vorhandene Finanzmittel, Verletzung der  
39 Pflicht zur Wohnsitznahme und jeglicher Verletzung der Pflicht zur Mitwirkung im Asylverfahren  
40 müssen wir künftig deutlich spürbare Sanktionen verhängen können.

41  
42 Ausweisungen straffällig gewordener Asylbewerber müssen unter erleichterten Bedingungen mög-  
43 lich sein. Asylbewerber, die zu einer Strafe von 90 Tagessätzen oder mehr verurteilt werden, die  
44 Gewalt gegen Polizisten oder Sexualstraftaten verübt haben, müssen sofort ausgewiesen werden.  
45 Diese Ausweisungen müssen für den gesamten Schengenraum gelten. Die Verurteilung zu einer  
46 Freiheitsstrafe sollte bereits gesetzlich zu einem Verlust des Aufenthaltsrechts führen. Asylberech-  
47 tigten, Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten, die eine schwere Straftat begehen muss  
48 der Schutzstatus leichter entzogen werden können.

49

#### 50 **Ausreisepflicht besser durchsetzen**

51 Ausreisepflichtige Personen, die versuchen sich durch Untertauchen ihrer Abschiebung zu entzie-  
52 hen, müssen in Abschiebehaft genommen werden können. Dazu müssen die bislang zu strengen  
53 Voraussetzungen für die Anordnung von Abschiebehaft gelockert werden. Gleichzeitig benötigen  
54 wir zusätzliche Abschiebehaftplätze.

55

#### 56 **Wir wollen Ausreisegewahrsam ausweiten und Sicherungshaft erleichtern.**

57 Wir brauchen praktikable Lösungen für die Identifizierung der Ausländer und eine unbürokratische  
58 Ausstellung von Passersatzpapieren. Staaten, die sich nicht kooperativ zeigen, muss mit geeigne-  
59 ten Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und restriktiver Visapolitik begeg-  
60 net werden, um künftig besser zu Lösungen zu kommen. Dieses Vorhaben ist mit Nachdruck zu  
61 verfolgen. Die internationale Pflicht zur Aufnahme von Staatsangehörigen, ist im Zweifel auch mit  
62 erhöhtem diplomatischen Druck Nachdruck zu verleihen.

63

64 Ausreisepflichtigen, die selbstverschuldet an der Ausreise gehindert sind, müssen Leistungen ge-  
65 kürzt werden, zusätzlich sind Ihnen nur noch Sachleistungen und keine Geldleistungen mehr zu ge-  
66 währen. Bei einer Wiedereinreise nach erfolgter Abschiebung muss Leistungsausschluss möglich  
67 sein.

68

69 Diesen Antrag stellt die CDU Rheinisch-Bergischer Kreis auf allen höheren Parteiebenen der CDU.

70

71 Begründung:

72 Der Antrag entspricht weitestgehend den Ergebnissen der Migrations-Werkstatt der Parteivorsit-  
73 zenden Kramp-Karrenbauer mit Experten und Praktikern.

74

75 Die unkontrollierte Massenzuwanderung gefährdet unsere europäisch-christlich-jüdisch geprägte  
76 Gesellschaft und führt zu enormen Kosten. Die Aufnahmefähigkeit Deutschlands ist überschritten.  
77 Ausreisepflichtige sind konsequent abzuschieben, falls die Ausreise nicht erfolgt.

78

79 **Beschluss-Vorschlag gem. Votum des Kreisvorstandes vom 1. April 2019:**

80 *Der Kreisparteitag verweist diesen Antrag an den neugewählten Kreisvorstand. Dieser wird aufgefor-*  
81 *dert, kurzfristig gemeinsam mit den Antragstellern zu überlegen, wie vor einer Beschlussfassung des*  
82 *Kreisparteitages eine breite fundierte Diskussion und Meinungsbildung zu diesem komplexen Thema,*  
83 *ggf. auch mit externen Experten, innerhalb der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis durchgeführt wird.*